

Inflation überwinden

Über das Zerrbild der Geldentwertung

»Die hohe #Inflation ist für die Menschen asozial [...].
Deshalb muss erste politische Priorität sein, jetzt die
Geldentwertung zu stoppen«.¹

*Christian Lindner, Freie Demokratische Partei,
Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland*

Christine Lagarde und Isabel Schnabel haben einer Rentnerin das Weihnachtsfest verdorben. Aufgrund der im Jahr 2021 stark gestiegenen Preise warf die Boulevardzeitung *Bild* der Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) Lagarde und dem Direktoriumsmitglied der Bank Schnabel vor, sie hätten nicht genug getan, um die Inflation zu verhindern. Deswegen könne sich nun, wie ein anrührendes Porträt zeigte, eine aus Halle an der Saale stammende Rentnerin namens Ulla keinen Weihnachtsbaum mehr leisten.² Im Sommer hatten die Verbraucher*innenpreise in Deutschland und vielen anderen Ländern massiv zu steigen begonnen, es war von einer Rückkehr der Inflation die Rede. Denn zumindest die sogenannten entwickelten Ökonomien des Globalen Nordens konnten auf eine lange Episode mehr oder weniger stabiler Preise zurückblicken, in der eher vor Deflation als vor Inflation gewarnt wurde. Als Schnabel deswegen wenigstens zu Beginn dieses Anstiegs noch vorsichtig und empirisch gerüstet darauf hinwies, die Inflationsrate in der Eurozone habe viele Jahre unter dem vereinbarten Zielwert von 2 Prozent pro Jahr gelegen und sei somit, wenn man die lange historische Linie betrachte, eigentlich immer noch zu niedrig, zeigte sich die *Bild* empört. Schnabel fröne offenbar der Arbeitsverweigerung, sei es doch ihre Aufgabe, Teuerung zu bekämpfen. Schuld an Ullas Misere – und das ist beachtenswert – hatten in dieser Wahrnehmung also nicht ihre zu geringe Rente – mit der insbesondere viele Frauen aus Ullas Generation aufgrund der noch stabilen Dominanz des männlichen Alleinernährermodells, der Inkompatibilität des Beitragssystems der DDR mit dem bundesdeutschen Rentensystem und/oder geschlechtlicher Lohndifferenzen geplagt sind –, sondern eben die EZB und ihr Führungspersonal. Von ihnen erwar-

¹ https://twitter.com/c_lindner/status/1710006317069312029 [13. 10. 2023].

² P. Fabian / B. Weimer / K. Franke Jr. / M. Wiegers, »Mächtigster Geldpolitikerin ist Inflation >eher zu niedrig«<, in: *Bild*, 1. 12. 2021; online unter: <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/politik-inland/trotz-30-jahres-hochs-maechtigster-geldpolitikerin-ist-inflation-zu-niedrig-78394794.bild.html> [13. 10. 2023].

tet man, dass sie Preisexplosionen verhindern und damit auch Weihnachtsbäume bezahlbar halten. Die Adressierung ist zunächst kaum überraschend, übernimmt die Zentralbank diese Aufgabe schließlich auch öffentlich und unmittelbar; als oberste Währungshüterin sei es ihr »vorrangiges Ziel«, heißt es auf der Website, »Preisstabilität zu gewährleisten, also den Wert des Euro zu wahren«.³ Insofern ist es nur rechtens, wenn sich eine Zeitung in Ullas Namen wegen des Weihnachtsbaumpreises an die Geldzentrale in Frankfurt am Main wendet.

Hinter der Adressierung versteckt sich aber auch ein Problem, dem wir uns auf den folgenden Seiten nähern wollen. Sie dienen gleichzeitig als Einstieg in ein Heft des *Mittelweg* 36, das sich den Prozessen der Teuerung verschrieben hat. Das Problem liegt, kurz gesagt, in der Homogenität, die der Inflationsbegriff als politische Vokabel – denn als solche haben wir ihn im Beispiel schließlich aufgerufen – kommuniziert. Im öffentlichen Diskurs erscheint die Inflation, durchaus gestützt von einer wirtschaftstheoretischen Orthodoxie, häufig als allgemeine Geldentwertung (siehe dazu auch das Schmuckzitat von Christian Lindner), die alle Geldbesitzer*innen gleichermaßen betrifft, weil sie den Geldwert an sich, die Kaufkraft, vermindert. In einer Inflation, so heißt es, verliere das Geld an Wert und es sei die oberste Aufgabe von Lagarde und Schnabel, diesen Wert zu erhalten. Inflation wird damit als gleichförmiges Widerfahrnis imaginiert, das eine Gesellschaft im Sinne eines Kollektivschicksals unterschiedslos trifft und das eine Zentralinstitution deswegen folgerichtig mit einem Primärwerkzeug, der Anhebung des Leitzinses, bekämpfen muss.

Zum Veröffentlichungszeitpunkt des zitierten *Bild*-Artikels im Dezember 2021 lag die Teuerungsrate in der Eurozone bei etwa 5 Prozent, danach wurden die Waren noch kostspieliger. Im Oktober 2022 erreichte die Inflation in der Eurozone ihren (bisherigen) Höchststand von 11,5 Prozent Verteuerung gegenüber dem Vorjahresmonat (der allerdings bereits 4,4 Prozent teurer war als der Oktober 2020). Die EZB handelte und brachte vor allem ihre Primärwaffe gegen Inflation – den sogenannten Leitzins – zum Einsatz: Im Juli 2022 erhöhte sie den für Kredit- und Sparzinsen in der Volkswirtschaft maßgeblichen Richtwert von 0 auf 0,5 Prozent und dann immer weiter bis auf 4,5 Prozent im September 2023. Seitdem sinkt die Inflationsrate langsam, aber beständig. Woran die Preissteigerungen lagen und inwiefern sich die Zentralbankpolitik ein Verdienst um das Abflauen der Steigerungen in den Tätigkeitsbericht schreiben kann, wird kontrovers diskutiert. Ulrich Busch nimmt in seinem instruktiven Grundlagenbeitrag in diesem Heft Ansätze zur Erklärung und Bekämpfung der Rückkehr der Inflation unter die Lupe und zeigt vor allem, welche ökonomischen und gesellschaftlichen Komplexitäten sich hinter solchen einfach erscheinenden

³ <https://www.ecb.europa.eu/ecb/tasks/html/index.de.html> [13. 10. 2023].

Vokabeln wie Inflation verbergen – und welche Deutungskämpfe um ihre Erklärung und Verarbeitung ausgefochten werden.⁴ Am aktuellen Deutungskampf wollen wir uns beteiligen, indem wir den Inflationsbegriff selbst zum Gegenstand nehmen: Er muss, wenn wir uns wirklich über Zeiten der Teuerung unterhalten und über politische Reaktionen debattieren wollen, in seiner homogenisierten Form als allgemeine Geldentwertung dringend überwunden werden. Um dieses Argument zu entfalten, schauen wir zunächst auf das Geld.

Ein Beruhigungsmittel

Geld ist ein Beruhigungsmittel. Schon Aristoteles erklärte den Besitz des Tauschmittels zu einer Art Bürgschaft, die gegen die Unwägbarkeiten der eigenen Versorgung versichere. Wer Getreide hortet, muss zwar nicht hungern, steht aber bei einem Loch im Dach im Regen. Wer sein Getreide gegen Geld veräußert, der kann davon sowohl wiederum Getreide, aber auch Mehl oder eben neue Dachschindeln erwerben, je nachdem, welcher Bedarf in Zukunft als Erstes oder am dringendsten auftritt. Geldbesitz ›bürgt‹ in diesem Sinne dafür, dass man seine Bedürfnisse auch noch morgen befriedigen kann. Viele Jahrhunderte nach Aristoteles argumentierte der Ökonom John Maynard Keynes ganz ähnlich, als er erklärte, es habe eine ganz eigene Qualität, liquide zu sein, die dem Besitz anderer, konkreter Vermögenswerte nicht inhärent wäre: die Möglichkeit nämlich, auch angesichts einer unbekanntem Zukunft (wirtschaftlich) handlungsfähig zu sein. Wer weiß schon, was sie oder er morgen braucht und begehrt? Geld stellt als Abstraktum sicher, auf verschiedene solcher Konkretheiten vorbereitet zu sein; es bildet, wie Keynes sagte, ein »Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft«.⁵

Für die Soziologie stellte Niklas Luhmann diese Idee theoretisch scharf: Was Geld so Großartiges leiste, erläuterte Luhmann, sei die Schaffung von Handlungsmöglichkeiten im Angesicht der Tatsachen, dass uns die Zukunft nie wirklich bekannt sein kann (auch wenn wir stets Vermutungen über sie hegen) und uns unsere Mitmenschen in der Masse fremd sind. Ein universelles Tauschmittel entlaste Luhmann zufolge von sozialen Aushandlungen und materiellen Abwägungen in der Gegenwart, dies sei sein großer Vorteil. In einer – und diese Einschränkung wird angesichts des Oberthemas unseres Hefts noch bedeutsam – stabil funktionierenden Geldwirtschaft können die Halter*innen von Geld Entscheidungen darüber, was sie konsumieren

4 Ulrich Busch, »Die unverhoffte Inflation. Die aktuelle Teuerung und einige Lehren aus der Geschichte«, in: *Mittelweg* 36 32 (2023), 6, S. 25–53.

5 John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* [1936], übers. von Fritz Waeger, Berlin 1983, S. 248.

wollen, aufschieben, ohne ihre Versorgung heute schon oder in Abhängigkeit von einer sozialen Gruppe organisieren zu müssen. Hatte man sich in geldlosen Gemeinschaften noch wechselseitig unter die Arme gegriffen, wenn jemand Bedarf an Dachschildeln oder Getreide entwickelte, so übernimmt diese Funktion der Absicherung in unserer Gesellschaftsform der anonyme Markt, auf dem wir mit Geld bezahlen. Obwohl Geld also selbst unmittelbar gar keine Bedürfnisse befriedigt, so Luhmann, weil es nicht verzehrt oder verbaut werden kann, habe es doch eine ganz eigene Leistung anzubieten: die Sicherung von Handlungsfähigkeit in der Gegenwart, indem es erlaubt, Entscheidungen über die künftige Versorgung auf unbestimmte Zeit zu verschieben und sie gerade dadurch zu ermöglichen.⁶ Geld ist also ein sozialer Mechanismus, der es gestattet, schreibt Luhmann, »Entscheidungen zu vertagen und doch schon sicherzustellen, also mit einer Zukunft von hoher, unbestimmter Ereigniskomplexität zu leben«. ⁷ Sein Argument macht soziologisch verständlich, warum dem Besitz von Geld eine ganz eigene, von den Gütern losgelöste Qualität und Attraktivität zukommt – warum Leute, anders gesagt, in der Regel in Geld sparen, anstatt Güter zu horten. Geld beruhigt also, weil es Entscheidungsdruck aus der Gegenwart nimmt, in sozialer (man muss nicht klären, wer einen versorgt) und in materieller (man muss sich heute noch nicht um die Güter bemühen, die man womöglich einmal benötigt) Hinsicht. Deswegen nennt Luhmann Geld verfügbare, also »disponible Zukunft«. ⁸

Nun aber zur bereits angekündigten Einschränkung: Das Beruhigungsmittel funktioniert nur, wenn die Unsicherheit über den Umfang der Handlungsfähigkeit (also des künftig zu erreichenden Bedarfs) nicht überhandnimmt. Konkret, wenn das besessene Geld nicht unerwartet an Kaufkraft verliert. Wer nämlich sein mühsam geerntetes Getreide gegen Geld veräußert (weil es akut zu viel ist und eventuell verdirbt), um sich später bei Bedarf frisches Getreide (oder Mehl) am Markt zurückzukaufen, der wird sicherlich unruhig, wenn die Preise für Getreide in der Zwischenzeit explodieren. Trifft der Preisanstieg das gesamte aggregierte Preisniveau (oder wenigstens den berühmten Warenkorb zur Messung des entsprechenden Index, der die

6 »Geld wird in einer Welt benötigt, in der man sich an einer unbekanntten Zukunft orientiert, weil der Sinn der Monetarisierung in der Möglichkeit besteht, Entscheidungen auf einen Zeitpunkt zu verschieben, an dem man über mehr Informationen verfügen wird, d. h. in der Möglichkeit, Transaktionen vorzunehmen, ohne gleich entscheiden zu müssen, was und wann man was im Gegenzug dafür haben möchte.« Elena Esposito, *Die Zukunft der Futures*. Die Zeit des Geldes in Finanzwelt und Gesellschaft, übers. von Alessandra Corti, Heidelberg 2010, S. 76 f.

7 Niklas Luhmann, *Vertrauen*. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität [1968], Stuttgart 2014, S. 19; Klaus Heinemann, »Soziologie des Geldes«, in: ders. (Hg.), *Soziologie des Geldes* (= Sonderheft der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*), Opladen 1987, S. 322–338, hier S. 330.

8 Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung 3*. Soziales System, Gesellschaft, Organisation, Opladen 1981, S. 397.

Lebenshaltungskosten reflektieren soll), vermindert sich offenbar die Fundamenteigenschaft des Geldes nicht nur quantitativ, sondern wird im Grundsatz infrage gestellt. Denn wie viel Beruhigung kann eine gesparte Geldsumme noch bringen, wenn man tagtäglich steigende Güterpreise beobachten muss, wodurch die im Geld angelegte abstrakte Handlungsfähigkeit – die Menge an Getreide, die Anzahl an Dachschindeln oder Menge sonstiger Güter, die man vom Gesparten erwerben kann – zwischen den Fingern zerfällt? Ein fortgesetzter und allgemeiner, also mehrere wichtige oder gar alle Güterarten betreffender Anstieg der Preise, den wir gemeinhin Inflation nennen, trifft deswegen das Geld ins Mark, depriviert das Beruhigungsmittel und sorgt verständlicherweise für Unruhe und Aufregung. Inflation ist in »Geldgesellschaften«⁹ deswegen also eigentlich immer existenziell, weil Zahlungsfähigkeit hier die wahrscheinlich wichtigste Form der Handlungsmacht ist. Wenn es tatsächlich so ist, dass, wie der Soziologe Christoph Deutschmann es formuliert, sich das Individuum erst deshalb als »autonomes wirtschaftliches und soziales Subjekt« konstituieren kann, weil »das Geld es dem Einzelnen ermöglicht, seine Ansprüche an die Leistungen anderer gleichsam in der Tasche mit sich herumzutragen«,¹⁰ dann ist eine Veränderung des Preisniveaus nicht nur ein Verlust disponibler Zukunft, sondern sogar eine Destabilisierung von Subjektivität.

Liberaler Denker*innen setzen die durch Teuerungsprozesse ausgelöste existenzielle Verunsicherung ökonomischer Subjektivität gerne mit einem Verlust an Freiheit gleich. Der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski hatte bekanntlich das Bonmot von Geld als »gemünzter Freiheit« geprägt, was angesichts der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, die Münzen, Scheine und Bankguthaben konstituieren, durchaus nachvollziehbar ist. Auch der Soziologe Georg Simmel gründete, wie man weiß, seine *Philosophie des Geldes*¹¹ auf der Idee von Geld als Träger individueller Freiheit. Und der genannte Luhmann schrieb in seiner Monografie zu Vertrauen: »Geld ist – um Bekanntes kurz anzudeuten – übertragbare Freiheit zu begrenzter Güterwahl.«¹² Wenn aber diese Entscheidungs- und Handlungsfreiheit nur bei stabiler Kaufkraft gegeben ist und in Zeiten der Teuerung erodiert, wird Preisstabilität zum Freiheitsgaranten und Inflation zum Freiheitsfeind. Ausdruck findet diese Idee etwa in dem Monetary Freedom Index, den der liberal-konservative US-Thinktank Heritage Foundation publiziert und der bei abwesender Inflation und freien Märkten den höchsten Wert ausweist.

9 Axel T. Paul, *Die Gesellschaft des Geldes*. Entwurf einer monetären Theorie der Moderne, Wiesbaden 2004.

10 Christoph Deutschmann, *Kapitalistische Dynamik*. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive, Wiesbaden 2008, S. 26.

11 Georg Simmel, *Philosophie des Geldes* [1900], in: ders., *Gesamtausgabe*, hrsg. von Otthein Rammstedt, Bd. 6, Frankfurt am Main 1989.

12 Luhmann, *Vertrauen*, S. 62.

Je stabiler der Geldwert und, offenbar, je schwächer der Steuer- und Wohlfahrtsstaat, desto genauer können Geldbesitzer*innen ihre Zahlungsfähigkeit und damit den potenziellen künftigen Zugriff auf Güter abschätzen, desto >freier< sind sie anscheinend, wenigstens im monetären Sinne.

Die Verschränkung von Preisstabilität und Freiheit – ganz im Sinne der beschriebenen Konstitution von Entscheidungsfähigkeit durch das Beruhigungsmittel Geld – ist allerdings keine fixe Idee einer US-amerikanischen Denkfabrik, vielmehr prägt sie auch die Ausgestaltung unserer monetären Institutionen und vorherrschenden geldpolitischen Strategien. Die Rechtswissenschaftlerin Isabel Feichtner etwa hat im Detail nachvollzogen, wie sich die Idee von wertstabilem Geld als Garant individueller Freiheit in das deutsche öffentliche Recht, das fortan die Zentralbank und den Fiskalstaat juristisch auf die Sicherstellung von Preisstabilität verpflichtete, eingeschrieben hat.¹³ Das Argument findet sich nunmehr fast schon idealtypisch verkörpert in der Ausgestaltung der Eurozone, welche die Regierungen auf Sparsamkeit und die EZB als unabhängige Organisation auf das Primärziel der Inflationsbekämpfung ein schwört. Hier stellte das deutsche Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil von 1993 unzweifelhaft fest, gerade die von parlamentarischer Kontrolle befreite Zentralbank stütze das demokratische Gemeinwesen, weil erst diese Unabhängigkeit garantiere, dass »mit dem Geldwert die individuelle Freiheit« geschützt bleibe. Deswegen bewerten die obersten Verfassungswächter das Problem der in der Unabhängigkeit liegenden fehlenden demokratischen Kontrolle über ein zentrales Staatsorgan geringer als den Gewinn an individueller Autonomie. Erst »eine unabhängige Zentralbank« hätte sich als Garant des Geldwerts bewährt und wäre damit die beste Stütze der »Wahrnehmung wirtschaftlicher Freiheitsrechte«.¹⁴ Nur unter Bedingungen stabiler Kaufkraft, so das Gericht, könnten Bürger*innen ihre monetären Ressourcen kalkulieren und ihre Zahlungsentscheidungen selbstverantwortlich treffen; nur ohne Inflation konstituierten sie sich als souveräne ökonomische Subjekte – und dafür Sorge am besten eine unabhängige Zentralbank. Auch wenn der Staat die Stabilität des Geldwerts aufgrund der mannigfaltigen Einflussfaktoren nicht in einem starken Sinne rechtlich garantieren könne, so gehöre es doch zu seinen Kernaufgaben, wie es in einem anderen Urteil zur Eurozone heißt, »den im Geld vergegenständlichten Freiraum«¹⁵ zu verteidigen.

Nun wäre es freilich irreführend, zu suggerieren, das Bundesverfassungsgericht beziehe sich in seiner Urteilsbegründung unmittelbar auf Aristoteles, Keynes oder Luhmann, aber die basale Assoziation ist vergleichbar. Erst Preisstabilität schafft den von der sozialen Institution Geld versprochenen

13 Isabel Feichtner, »Public Law's Rationalization of the Legal Architecture of Money. What Might Legal Analysis of Money Become?«, in: *German Law Journal* 17 (2016), 5, S. 875–906.

14 BVerfG, 12. 10. 1993 – 2 BvR 2134/92, 2 BvR 2159/92.

15 BVerfG, 31. 3. 1998 – 2 BvR 1877/97 und 2 BvR 50/98, Absatz 88.

Entscheidungsmoment. Daraus ergibt sich ein auf den ersten Blick rundes Bild: Geld ist ein allgemeines sowie für alle gleich funktionierendes und nützliches Beruhigungsmittel, das Zeit zum Durchatmen schafft und damit Freiheitsräume disponibler Zukunft öffnet. Dem staatlichen Apparat kommt deswegen in der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts die Aufgabe zu, für die Funktionalität des Beruhigungsmittels zu sorgen, indem er, oder genauer: seine Zentralbank, die Geldentwertung verhindert und damit letztendlich die Wahrnehmung wirtschaftlicher Freiheitsrechte garantiert. Hierbei handelt es sich allerdings um ein Zerrbild: Der uniforme »im Geld vergegenständlichte Freiraum«, den die Inflation als Ganzes zu verkleinern scheint, existiert jenseits theoretischer Abstraktion, also in der vielbeschworenen sozialen Wirklichkeit, nicht. Die Vorstellung, Zeiten der Teuerung entwerteten *das* Geld und setzten damit alle Mitglieder einer Gesellschaft als Geldbesitzer*innen einem Kollektivschicksal aus, ist korrekturbedürftig.

Seite 1 bis 7 von 22 Seiten.

Den kompletten Text finden Sie im
Mittelweg 36, Heft 3 | Dezember 2023

*Luca Kokol ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe
Monetäre Souveränität des Hamburger Instituts für Sozialforschung.
luca.kokol@his-online.de*

*Carolin Müller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe
Monetäre Souveränität des Hamburger Instituts für Sozialforschung.
carolin.mueller@his-online.de*

*Aaron Sahr ist Gastprofessor an der Leuphana Universität in Lüneburg
und leitet die Forschungsgruppe Monetäre Souveränität des
Hamburger Instituts für Sozialforschung.
aaron.sahr@his-online.de*